Nummer 476

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Leben: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich für den Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 71. Jahrgang Sonnabend, 10. Oktober 1925

Polen will Ostpreußen!

In Danzig erscheint eine mit polnischen Staatsgeldern gegründete und unterhaltene Polenzeitung, die „Gazeta Gdanska". Diese Zeitung, die die polnischen Interessen im Freistaate Danzig vertritt und die die Meinung der polnischen Regierung wiedergegeben pflegt, läßt, als Begleitmusik zur Konferenz von Locarno, jetzt eine Artikelserie erscheinen, die die Forderungen Polens nach Erweiterung der polnischen Grenzen auf Kosten Deutschlands auseinandersetzt. Man kann nicht behaupten, daß das polnische Blatt gerade sehr bescheiden sei. Es wird dargelegt, daß bei der Aufteilung des Raubes 1918 andere Staaten, wie Rumänien, die Tschechoslowakei, Italien und Frankreich viel besser gefahren seien als Polen. Die „Gazeta Gdanska" kommt deshalb zu dem Schluß, daß Polen Anspruch erheben müsse auf Zuteilung von ganz Ostpreußen, des deutschen Bezirks Oppeln und der östlichen Kreise der Provinz Pommern, nämlich der Gegend von Flatow, Bütow und Lauenburg. Das Blatt schreibt:

„Die polnische Regierung erkennt die Abstimmung in Oberschlesien nicht an und wird sie auch nie anerkennen. Wir fordern alle diese Länder, weil dort auch die polnische Sprache herrscht, und wir wollen sie auch unter die Flügel des Weißen Adlers nehmen. Mögen die Deutschen in die ganze Welt hinausschreien, daß ihnen der polnische Korridor unangenehm sei. **Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg und ganz Ostpreußen nicht bestehen kann. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert werde.** Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberhoheit erhalten. Dann würde es ja keinen Korridor mehr geben. **Sollte das nicht auf friedlichem Wege gehen, dann gibt es sicher ein zweites Tannenberg** und alle diese Länder kehren zurück in den Schoß des geliebten Vaterlandes."

Vergleicht man diese polnische Unverschämtheit mit den sanften Worten, die der polnische Außenminister Graf Skrzynski in Locarno über das Verhältnis Polens zu Deutschland gefunden hat, so muß man feststellen, daß die beiden Expectorationen einander diametral gegenüberstehen. Graf Skrzynski und die „Gazeta Gdanska" — beide sind Organe der polnischen Politik. Einer muß also lügen. Wir sind der Meinung, daß das Danziger Polenblatt die polnische Stimmung richtig wiedergibt und daß Herr Graf Skrzynski ein — polnischer Diplomat ist. Der Locarnoer Korrespondent des „Vorwärts" berichtet stolz, daß der polnische Außenminister auf eine Frage des „Vorwärts"-Vertreters, wie die polnische Regierung über einen Schiedsvertrag mit Deutschland denke, geantwortet habe: „Die Initiative ist schon im deutschen Memorandum vom 9. Februar gegeben. Meine Antwort darauf ist meine Ankunft hier!" Der „Vorwärts"-Korrespondent, stolz, in den Gang der Weltgeschichte eingegriffen zu haben, schreibt dazu:

„Diese knappe und klare Antwort muß um so größeres Aufsehen erregen, als es das erste Mal ist, daß Polen anerkennt, daß ein deutsches Anerbieten vorliegt, was bisher im allgemeinen bestritten wurde. Jetzt hat der polnische Außenminister Skrzynski seine Bereitwilligkeit erklärt, auf Grund des deutschen Februarmemorandums einen Schiedsvertrag mit Deutschland abzuschließen. Daran läßt sich erkennen, **welche Fortschritte der Friedensgedanke auch in Polen in den letzten Monaten gemacht hat. In der Atmosphäre von Locarno dürfte sich diese Bereitwilligkeit Polens, zu einer Verständigung sowohl mit Deutschland wie mit Polens Alliierten zu gelangen, nur verstärken."**

„Fortschritte des Friedensgedankens auch in Polen", diesen Eindruck will die offizielle polnische Politik im Einverständnis mit Frankreich in Locarno erzielen. Es ist nicht verwunderlich, daß der „Vorwärts" auf diese Heuchelei prompt hineinfällt. Die Wahrheit über die „Bereitwilligkeit Polens, zu einer Verständigung mit Deutschland zu gelangen", hat die „Gazeta Gdanska" ausgesprochen. Man muß dem Danziger Polenblatt dankbar für seine Offenherzigkeit sein, denn seine Ausführungen sind eine realpolitische Illustration zu dem Verlangen Frankreichs, Garant eines deutsch-polnischen Vertrages und Richter bei deutsch-polnischen Grenzstreitigkeiten im Sinne der von der „Gazeta Gdanska" geschilderten polnischen Ziele zu sein. Auch der Durchmarschparagraph des Völkerbundsstatuts erscheint im Lichte dieser polnischen Intentionen besonders interessant.

Diese Episode zeigt besser als viel Worte die Gefahren der Illusionspolitik, die ungeachtet der offenkundigen Gefahren, die dem Deutschen Reiche von solchen Nachbarn wie Polen und Franzosen auch nach Abschluß von Verträgen drohen, das Volk über die nüchternen Tatsachen hinwegtäuschen will.

Dr. J.

Polnischer Viehraub an der deutschen Grenze.

TU Marienwerder, 10. Oktober.

Dem Besitzer Janz in Oberfeld, Kreis Marienwerder, wurden gestern 56 Stück Vieh, die auf den Weichselkämpen weideten, von polnischen Posten widerrechtlich über die Grenze nach Polen getrieben. Die Posten zwangen den Oberschweizer, mit seiner Herde über die Münsterwalder Brücke auf polnisches Gebiet zu gehen. Ueber das Schicksal des Schweizers und der Herde ist bis zur Stunde nichts bekannt. Die Regierungsstellen sind benachrichtigt worden.

Die Weiterberatung in Locarno auf Montag vertagt.

Am Ende der ersten Konferenzwoche die gleichen Gegensätze wie zu Anfang.

Entgegen der anfänglichen Absicht haben heute nicht zwei Plenarsitzungen der Konferenz in Locarno stattgefunden, sondern die für den heutigen Nachmittag festgesetzte Sitzung hat man ausfallen lassen und die Beratung auf Montag vertagt. Die höfliche und gesellschaftlich einwandfreie Art des Zusammenarbeitens wird durch eine Motorbootfahrt, welche die Führer der deutschen, französischen und englischen Delegation heute nachmittag gemeinsam unternehmen, erneut dokumentiert. Die Hauptstreitpunkte, vor allem also die betreffs Artikel 16 des Völkerbundsstatuts und des Ostproblems bestehen auch heute noch.

Aus den englischen Pressestimmen darf wohl geschlossen werden, daß Luther und Stresemann gestern in ihren Unterredungen mit den Führern der englischen und französischen Delegation die sogenannten Auswirkungen eines Westpaktes, also die Räumung der Kölner Zone, die Abänderung des Besetzungsregimes, die Saarfrage, die Entwaffnungsnote und Luftfahrtnote usw. zur Sprache gebracht haben, und daß auch diese „Auswirkungen" und Nebenfragen gegenwärtig in den Unterhaltungen der Führer eine wesentliche Rolle spielen.

Leider findet sich gar keine Andeutung, daß auch der deutsche Standpunkt in der Kriegsschuldfrage vertreten worden ist. Will die deutsche Delegation eine Diskussion über diese Frage in Locarno überhaupt unterlassen?

Dr. O.

Locarno, 10. Oktober.

Das von den Delegationen vereinbarte Communiqué über die heutige Sitzung lautet: Es wurden heute auf Grund der von den Juristen ausgearbeiteten Abänderungsvorschläge die Artikel des Paktenentwurfs in zweiter Lesung durchberaten. In der Preambel wurde der Aufzählung der vertragschließenden Staaten der Name Italiens hinzugefügt, der in dem Londoner Textentwurf nicht enthalten war. Diese Hinzufügung bestätigt die Erklärungen des italienischen Delegierten hinsichtlich der Absicht Italiens, an dem Sicherheitspakt als Garant unter den gleichen Bedingungen sich zu beteiligen, wie Großbritannien. Die Erörterung ergab die endgültige formierung der Mehrzahl der Artikel des Entwurfs; die übrigen Artikel wurden einer späteren Erörterung vorbehalten. Die nächste Zusammenkunft findet Montag, 12. Oktober, 10.30 Uhr vormittags, statt.

*

Den heutigen Sitzungsfreien Nachmittag benutzen Chamberlain, Briand, Luther und Stresemann zu einer gemeinsamen Motorbootfahrt auf dem Lago Maggiore.

TU Locarno, 10. Oktober.

Die heutige Vollsitzung war nur von kurzer Dauer und nahm nur 1½ Stunden in Anspruch. Die Kürze der heutigen Verhandlungen und die Absagung der in Aussicht genommenen Nachmittagssitzung dürfte darin ihren Grund zu suchen haben, weil die gestrigen Besprechungen über den Paragraphen 16 noch keine irgendwie greifbaren Unterlagen geschaffen haben, auf die sich die Diskussion einer Vollversammlung aufbauen ließe. Die Konferenz sitzt am Wochenende also noch wie vor fest. Es läßt sich unter diesen Umständen denken, daß die Beurteilung in deutschen Kreisen auch heute morgen außerordentlich ernst und skeptisch ist.

Englische Kritik an Frankreichs Forderungen.

Gegen jede Verbindung des Westpaktes mit den Ostverträgen.

London, 10. Oktober.

Unter der Ueberschrift „Kritisches Stadium auf der Paktkonferenz" schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily-Telegraph", daß die Konferenz in Locarno mit der Ankunft der tschechischen und polnischen Delegation und dem Anschneiden der mit den östlichen Arbitrageverträgen und ihrer Garantie verbundenen Fragen ihren wunden Punkt erreicht habe. Trotz gewisser von der alliierten Presse veröffentlichten Berichte, welche das Gegenteil behaupten, werde die britische Delegation von der festen Haltung, die sie von Anbeginn an gegen jede Vermengung des Rheinlandpaktes und der östlichen Verträge eingenommen habe, nicht abgehen. Der Korrespondent weist alsdann auf die am Donnerstag von Baldwin gemachten Aeußerungen hin, daß die englischen Verpflichtungen sich strikt nur auf den Westen Europas beschränken werden. In britischen amtlichen Kreisen ist man der Meinung, daß die beiden Vertragskomplexe mit zwei Parallellinien verglichen werden könnten, die zwar in derselben Richtung verlaufen, sich jedoch niemals treffen würden. Aber wenn Briand auf einer individuellen Garantie der östlichen Arbitragevertrage seitens Frankreichs bestehen sollte, unabhängig von einer Entscheidung des Völkerbundes über den Ursprung eines Konfliktes zwischen Deutschland und irgend einem seiner östlichen Nachbarn, dann

würde es für England, das unter dem Rheinlandpakt der Hüter der entmilitarisierten Rheinlandzone wäre, schwierig sein, sowohl moralisch als auch materiell nicht in diese Angelegenheit verwickelt zu werden.

Dies sei genau der Grund, warum Großbritannien die zuerst gelegentlich des Besuches Briands in London gehabte Idee aufgegeben habe, wonach Großbritannien selbst über die Herkunft eines östlichen Konfliktes entscheiden sollte, und zwar ohne eine Entscheidung des Völkerbundes abzuwarten, ob die entmilitarisierte Zone für Frankreich geöffnet werden soll oder nicht. Die Verantwortlichkeit für einen solchen Verlauf und ihre möglichen Folgen würde für die britische Regierung zu direkt und zu groß gewesen sein. Aber falls man Frankreich allein das Recht der Würdigung über die Schuld an einem möglichen Konflikt zugesteht, dann würde die Verantwortlichkeit zwar weniger direkt oder mindestens ebenso groß sein.

Der „Times"-Vertreter in Locarno meldet: Es besteht guter Grund zu der Annahme, daß die polnische Delegation zu der Ueberzeugung gelangt ist, der französischen Garantie der östlichen Schiedsverträge sei in der französischen und der polnischen Presse eine Wichtigkeit beigemessen worden, die sie nicht verdiene. Die Frage dreht sich jetzt vielmehr um Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Man glaubt, daß, wenn Deutschland in den Bund eintrete unter der Bedingung, die Satzung des Bundes ohne Vorbehalt anzunehmen, und wenn Artikel 16 unverändert bleibe zusammen mit den Rechten und Pflichten Frankreichs gemäß diesem Artikel, dann

könne Polen ohne Gefahr auf die französische Garantie verzichten

und sogar auf eine Verbindung der Ostverträge mit dem Westpakt. Aber in diesem Falle fordere der polnische Standpunkt, daß der französisch-polnische Vertrag und die Rechte und Pflichten Frankreichs gemäß Artikel 16 der Bundessatzung in Kraft bleiben. Der tschechoslowakische Standpunkt scheint ähnlich zu sein. Im Anschluß hieran sagt „Times" in einem Leitartikel: Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird eine große Veränderung in der ganzen Atmosphäre des Völkerbundes bedeuten, und es ist seltsam, daß die deutsche öffentliche Meinung sich noch nicht genügend die großen Vorteile klargemacht hat, die die Mitgliedschaft in dieser internationalen Institution bedeutet. Es ist unter den bestehenden Verhältnissen nahezu undenkbar, daß Deutschland zögern oder eine Ausnahmebehandlung verlangen sollte.

Ein Vertreter der „Westminster Gazette" in Locarno erfuhr von gut unterrichteter Seite, Polen bestehe nicht auf der Garantie Frankreichs, vorausgesetzt, daß

im Sicherheitspakt anerkannt werde, daß kein Hindernis für einen Durchmarsch Frankreichs durch die entmilitarisierte Zone zu Polens Beistand bestehe, wenn Polen von Deutschland angegriffen werden sollte.

Was ein französisches Durchmarschrecht durch Deutschland zur Unterstützung Polens gegen einen russischen Angriff betreffe, so sei Polen bereit, hierauf nicht zu bestehen und dadurch die Regelung des Problems des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu erleichtern.

Die Wochenschrift „New Statesmann" schreibt zur Konferenz: Wenn man die elsaß-lothringische Frage in Locarno genau so behandeln würde wie die Frage Oberschlesiens oder des polnischen Korridors, so würde man damit einräumen, daß die elsaß-lothringische Frageebenso unlösbar ist, wie jene. Dieser Punkt kann nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden. Die Westgrenze erhält unverändert besteht kein geschichtlicher oder ethnographischer Grund, aber

die Ostgrenze ist unmöglich und kann nicht von Dauer sein.

„Spectator" sagt: Wenn Deutschland, wie man glauben darf, von dem Wunsche beseelt ist, der europäischen Frieden zu sichern, dann muß es selbst Sicherheit erhalten. Die formelle Abänderung des Vertrags von Versailles ist infolge des Widerstandes Frankreichs unmöglich, aber es ist möglich, ihn zu ergänzen, ihn in neuer Weise auszulegen und seinen Charakter zu ändern. Er kann erträglich gemacht werden, ohne eine formelle Aenderung zu erfahren. So kann Schritt für Schritt der aufgezwungene Frieden in einen vereinbarten Frieden umgewandelt werden. — Outlook polemisiert mit spitzigen Bemerkungen gegen den ganzen Paktplan und sagt: Da in Aussicht genommene englische Garantie ist wie eine Schuldverschreibung, bei der sich der Schuldner vorbehält, ob er, wenn er zur Zahlung aufgefordert wird, seine Verpflichtungen erfüllen wolle. Der Pakt verneint, so fährt das Blatt weiter fort, in erstaunlicher Weise die Nachteile kontinentaler Verpflichtungen mit den Nachteilen der Isolierung.

Interessantenweise werfen jetzt zum ersten Mal auch englische Blätter die Frage auf,

welche Kompensationen Deutschland erwarten könne,

wenn es den Sicherheitspakt unterzeichne und dem Völkerbunde beitrete, denn Deutschland sei zu solchen Kompensationen berechtigt. Nach Ansicht der „Saturday Review" läme eine Kompensation in Frage, die Deutschland wieder als Großmacht anerkenne. Die Räumung der Kölner Zone würde der nächste Schritt sein. Darüber hinaus sei Deutschland aber zweifellos weitere Entgegenkommen zu erwarten berechtigt. Die Lage des Saargebietes, das sich gegen sein Willen unter einer internationalen Regierung befindet, rufe in Deutschland noch immer große Bitterkeit hervor. Es frage sich, ob Frankreich die Volksabstimmung schon jetzt, oder im Jahre 1935 veranstalten werde. Wichtiger sei, vom Standpunkt Deutschlands aus, daß Deutschland ein Mandat über eine Kolonie zuerteilt werde. Deutschland sei ein übervölkertes Land und habe eine hervorragende Physisation, welche es sicher dazu befähigt, sich unter den Mächten zu befinden, denen man ein Mandat über eine Kolonie anvertrauen kann.

Eine saarländische Delegation nach Locarno.

Mtb Saarbrücken, 10. Oktober.

Um für den Fall der Behandlung der saarländischen Fragen die Interessen des Saargebietes in geeigneter Weise wahrnehmen zu können, begibt sich heute eine saarländische Delegation nach Locarno. Ihr gehören an von der Deutsch-Saarländischen Volkspartei die Herren Rädling und Schmelzer, ferner der saarländische Zentrumsführer Lebacher.

Der französische Optimismus läßt nach.

Zureden unter Versprechungen.

Paris, 10. Oktober.

Die Agence Havas berichtet aus Locarno, in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund scheine kein Fortschritt erzielt zu sein. Heute sei die Stellungnahme der Alliierten dem Deutschen wohlbekannt, und es sei ihnen nicht möglich, sie abzuändern, da diese Frage ausschließlich der Zuständigkeit des Völkerbundsrats unterstehe. Nach dieser Richtung seien Gerüchte im Umlauf, die man dementieren müsse. Es sei unrichtig, daß die Konferenz daran gedacht hätte, eine sofortige außerordentliche Tagung des Völkerbundsrats einzuberufen. In dem Problem der französischen Garantie in dem deutsch-polnischen und dem deutsch-tschechischen Schiedsvertrag scheine gestern abend ein entschiedener Fortschritt angebahnt worden zu sein. Gewisse Formeln seien von den Juristen geklärt worden, über die sich die Konferenz heute zu entscheiden habe. Es sei übrigens möglich, daß der heutige Tag nicht genügen werde, um einen endgültigen Text festzustellen, aber man müsse schon jetzt als seine wichtige Tatsache, die geeignet sei, die Verständigung zu erleichtern, die Erklärung ansehen, die der polnische Außenminister gestern abend abgegeben habe.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Journal" möchte, daß Deutschland sich zum vorbehaltlosen Eintritt in den Völkerbund entschließen soll, indem es gleichzeitig eine Erklärung über die geographische, wirtschaftliche und militärische Lage Deutschlands abgibt, die ihm nicht erlaube, im Falle eines Konfliktes dieselben Verpflichtungen wie die anderen Länder zu übernehmen. Eine solche Erklärung würde nicht dem Geiste des Völkerbundspaktes widersprechen. Es sei indessen nicht gewiß, ob Deutschland eine solche Lösung für befriedigend halte und es sei möglich, daß es eine andere Formel im Vorschlag bringen werde.

Im übrigen machen sich die

Sirenenklänge aus Paris

wieder verstärkt geltend. Der „Petit Parisien" schreibt u. a.: Die deutschen Minister müßten zu der Erkenntnis kommen, daß Deutschland durch einen Abbruch der Verhandlungen den Beweis der Unaufrichtigkeit der deutschen Vorschläge erbringe und nirgendwo mehr — in Amerika weniger als sonstwo — die finanzielle und moralische Unterstützung finde, deren es bedürfe. Wenn die Fragen der Räumung der Kölner Zone und der Erleichterung des Besatzungsregims, auch nicht zur Sprache gebracht worden seien, so verstehe es sich von selbst, daß die Unterzeichnung des Garantiepaktes und der vorbehaltlose Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wesentliche Vergünstigungen für Deutschland nach sich ziehen würden. Es wäre absolut unmöglich, Deutschland, wenn es durch Unterzeichnung des Paktes und den Eintritt in den Völkerbund den absoluten Beweis seines guten Willens erbracht habe, noch länger in einem Zustand der Unterdrückung zu halten.

Gegen die Pariser Stimmungsmache

wendet sich eine TU-Meldung aus Locarno: Ein Teil der französischen Presse übt sich dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Völkerbundsfrage in einer Stimmungsmache, die auf deutscher Seite peinliches Aufsehen erregen muß und keinesfalls mit dem versöhnlichen Geist zu vereinbaren sein dürfte, in dem die Konferenz gerade nach der betonten Auffassung der Gegenseite doch eigentlich geführt werden soll. Namentlich tun sich Havas und der „Temps" heute in ihrer Campagne gegen den deutschen Standpunkt hervor. Darin wird z. B. gesagt, daß der Zeitpunkt gekommen sei, in dem Deutschland zwischen dem Okzident und dem Orient, zwischen Europa und Asien

Die Beilage

„Der Handel mit dem Osten"

erscheint von jetzt ab in der Dienstag-Abend-Zeitung.